

03.04.2025

## **Einladung zur Sitzung des Integrationsrates**

Sehr geehrte Damen und Herren,  
die nächste Sitzung des Nürnberger Integrationsrates findet

**am Mittwoch, 09.04.2025 um 17:00 Uhr**  
**im Internationalen Haus, Raum 306,**  
**Hans-Sachs-Platz 2, 90403 Nürnberg**

statt. Hierzu lade ich Sie herzlich ein.

### Tagesordnung:

– öffentlich –

1. Finale Entscheidung über die Teilnahme des Integrationsrates am Straßenfest gegen Rassismus 2025 (Beilagen 1, 2, 3)  
Vortrag: Hr. Mawlahi
2. Sonstiges

Mit freundlichen Grüßen

S. Mawlahi

Sorush Mawlahi  
Vorsitzender des Integrationsrates

31.05.2024, 13:30 Uhr

Audiobeitrag

&gt; Wirbel um Antirassismus-Fest: Nürnbergs OB zieht sich zurück

## Wirbel um Antirassismus-Fest: Nürnbergs OB zieht sich zurück

Seit zehn Jahren gibt es das "Straßenfest gegen Rassismus" in Nürnberg. Es soll an die Opfer des NSU und von rassistischer Gewalt erinnern. Jetzt zieht der Oberbürgermeister seine Schirmherrschaft zurück. Grund sind antisemitische Parolen.

Von



Isabel Pogner



Michael Reiner

Über dieses Thema berichtet: Regionalnachrichten Franken am 31.05.2024 um 16:30 Uhr.

Auf Facebook machen die Organisatoren des Straßenfestes "Gegen Rassismus und Diskriminierung - Für ein besseres Zusammenleben" am 15. Juni auf dem Aufseßplatz in Nürnberg noch Werbung für ein NSU-Dokumentationszentrum in der Stadt. Es soll an die Anschläge und Morde des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) in der Stadt erinnern. Das ist ganz im Sinne der Stadt. Bis vor kurzem stand Nürnbergs Oberbürgermeister Marcus König (CSU) auch noch auf der Rednerliste. Doch jetzt hat er seine Schirmherrschaft für das Fest zurückgezogen. Und reden wird er auch nicht, sagt Andreas Franke, Pressesprecher der Stadt Nürnberg, dem Bayerischen Rundfunk.

- Zum Artikel: [Antisemitismus: Was der Verfassungsschutz beobachtet](#)

### Bisherige Unterstützer gehen auf Distanz

Grund dafür sind mehrere umstrittene Pro-Palästina-Demonstrationen in Nürnberg, auf denen antisemitischen Parolen gerufen und Plakate gezeigt worden sein sollen. Deshalb geraten die Veranstalter des Straßenfests gegen Rassismus in die Kritik. Die Föderation Demokratischer Arbeitervereine (DIDF), deren Jugendorganisation "Junge Stimme" das Fest verantwortet, steht im Verdacht, mit der Gruppe "Intifada Nürnberg" zu kooperieren. Bislang habe sich die DIDF nicht von der "Intifada Nürnberg" distanziert, heißt es. Neben dem Oberbürgermeister gehen weitere bisherige Unterstützer auf Distanz. Auch SPD und Grüne werden sich nicht an der Veranstaltung beteiligen.

### Aufruf zur Gewalt gegen Israel

Der Grund: Die "Intifada Nürnberg" ruft zur Solidarität mit dem bewaffneten Widerstand auf. Als Intifada werden palästinensische Aufstände bezeichnet, die organisiert und gewalttätig gegen das israelische Militär vorgehen. Auf Flyern, die in Nürnberg verteilt wurden und BR24 vorliegen, steht etwa "Wenn Rafah brennt, brennt Nürnberg". Auf einer Einladung zur Demonstration am 1. Mai ist eine Kalaschnikow abgebildet, auf einem Demo-Banner die Karikatur eines Juden, der sich über einen blutigen Klumpen beugt. Davor liegt ein Kleinkind auf dem Tisch.

Auf einer von der DIDF mitorganisierten Demonstration am 10. Mai auf dem Jakobsplatz in Nürnberg soll eine Sprecherin gesagt haben: "Intifada, das ist der Aufstand der Entrechten gegen ihre Unterdrücker" – unbewaffnet, aber auch bewaffnet, schiebt sie hinterher, wie einem Audiomitschnit zu entnehmen ist. Und: "Solidarität mit Palästina, aufrichtige internationale Solidarität, das muss auch heißen: Solidarität mit dem palästinensischen Befreiungskampf, auch mit dem bewaffneten palästinensischen Befreiungskampf."

### **Keine Distanzierung von antisemitischen Aussagen**

Jean-François Drożak ist Gründer des Kulturvereins Nordkurve. Er beobachtet die Palästina-Demonstrationen in Nürnberg. Der Verein setze sich gegen Rassismus ein – und damit auch gegen Antisemitismus, sagt Drożak und schildert: Mitglieder der DIDF beziehungsweise deren Jugendorganisation "Junge Stimme" hätten im Mai mit der Intifada Nürnberg eine gemeinsame Demonstration organisiert. Drożak findet: "Es geht einfach nicht, dass in Nürnberg zu Gewalt aufgerufen wird." Seitdem habe sich die DIDF weder von der "Intifada Nürnberg" noch generell von den antisemitischen Äußerungen distanziert. Insgesamt sind die antisemitischen Vorfälle in Bayern angestiegen.

### **Organisatoren sind "enttäuscht" von Absage**

Alev Bahadir vom Organisationskreis der "Jungen Stimme" erklärt, dass sich das Straßenfest gegen Rassismus und Gewalt wende. "Da gehört für uns auch der Kampf gegen Antisemitismus dazu", sagt sie dem BR. Von der Absage des Oberbürgermeisters sind die Organisatoren "enttäuscht". In einem Gespräch mit dem Bürgermeisteramt seien sie über Königs Entscheidung informiert worden. Eine Diskussion darüber sei jedoch nicht möglich gewesen. Das Antirassistische Fest werde am 15. Juni trotzdem gefeiert, sagt Bahadir.

Sie legt Wert darauf, dass ihre Organisation an der Demonstration am 1. Mai nicht beteiligt gewesen sei. Bei der DIDF-Veranstaltung am 10. Mai, "auf der jeder sprechen konnte", habe sich die Gruppe "Intifada Nürnberg" geäußert. "Wir teilen die Ansicht dieser Gruppe nicht", sagt Bahadir. Trotzdem habe sie reden dürfen. "Bei dieser Kundgebung gab es keine antisemitischen Äußerungen, sonst wären wir eingeschritten", sagt sie. Zeugen, die bei der Kundgebung vor Ort waren, seien das anders.

### **Kritik an Zusammenarbeit mit "Intifada Nürnberg"**

Einigen Beteiligten des Straßenfests reicht diese Distanzierung allerdings nicht aus. Rebecca Lenhardt von den Grünen kritisiert, dass die Organisatoren die Zusammenarbeit mit der "Intifada Nürnberg" fortführen würden, obwohl es von deren Seite am 1. Mai zu "eindeutig antisemitischen Aktionen und Äußerungen" gekommen sei. Ähnlich begründet auch die SPD ihren Rückzug, in ihrer Erklärung, die sie am Mittwochabend an die DIDF überstellten.

Zuvor hatte sich die SPD mit der DIDF getroffen. Im Schreiben der SPD heißt es: Die "Intifada Nürnberg" verkläre Gewalt als Mittel der Politik und rechtfertige Terror. Sie wirft der DIDF vor, dennoch die Zusammenarbeit nicht beendet zu haben. Denn: "Zum Kampf gegen Rassismus gehört für uns auch untrennbar der Kampf gegen Antisemitismus."

### **Israelitische Kultusgemeinde fordert juristische Prüfung**

Auch der Israelitischen Kultusgemeinde Nürnberg sind die Vorwürfe bekannt. Ihr Geschäftsführer, Oren Osterer, erklärt: "Von unserer Seite wünschen wir eine juristische Prüfung der auf den Demonstrationen und Kundgebungen getätigten Aussagen, bei denen der Straftatbestand der Befürwortung von und Aufruf zur Gewalt vermutlich erfüllt ist." Den Rückzug zentraler Unterstützer nennt er "konsequent und couragierte".

<https://www.br.de/nachrichten/bayern/wirbel-um-antirassismus-fest-nuernbergs-ob-zieht-sich-zurueck,UELFEKS>

## **Erklärung zu unseren Zielen und unseren Inhalten zum Nahostkonflikt**

Liebe Freund:innen, liebe Bündnispartner:innen,

in den vergangenen Tagen haben uns überraschend die Nachrichten erreicht, dass sich zwei Parteien aus dem Straßenfest gegen Rassismus und Diskriminierung – für ein besseres Zusammenleben zurückziehen. Ebenso hat der Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg erklärt, dass er dieses Jahr die Schirmherrschaft fürs Straßenfest und seinen Redebeitrag zurückziehe. Diese Entscheidungen wurden getroffen, ohne im Vorfeld mit uns zu sprechen. Der Grund dafür ist nicht das Straßenfest selbst, sondern das politische Engagement unseres Vereins.

Konkret geht es um eine Kundgebung am 10. Mai diesen Jahres, die unser Erwachsenenverband, der Freundschafts- und Solidaritätsverein e.V., unter dem Motto „Waffenstillstand sofort! Für ein Ende der Angriffe auf Rafah!“ veranstaltet hat und auf der, neben dem Freundschafts- und Solidaritätsverein e.V. unter anderem auch eine Gruppe Namens „Intifada“ gesprochen hat. Außerdem geht es darum, dass wir der besagten Gruppe am 17. Mai unsere Räume für einen Lesung aus den Büchern des israelischen Historikers Ilan Pappé zur Verfügung gestellt haben.

### **Zur Erinnerung**

Unser Verein, Junge Stimme e.V., wurde vor über 20 Jahren von jungen Menschen aus der Türkei gegründet. Als Jugendliche, die täglich Ausgrenzung, Rassismus und Ungerechtigkeit erfahren, war uns schon damals klar, dass wir unser aller Probleme nur gemeinsam lösen können. Dass wir Hand in Hand mit unseren Kolleg:innen, Klassenkamerad:innen und Kommiliton:innen mit und ohne Migrationshintergrund für eine menschenwürdige Welt, ohne Krieg, Aufrüstung, Rassismus und Ungerechtigkeit gehen müssen. Diese Politik verfolgen wir bis heute.

Die Vielfalt der Bereiche, in denen wir uns engagieren, bildet die Grundlage dafür, mit unterschiedlichsten Gruppen themenbezogen zusammenzuarbeiten. Sei es bei Demonstrationen gegen Rechts, beim Gedenken an die Opfer von Hanau und des NSU, Zeitzeug:innengespräche oder eben auch das Straßenfest gegen Rassismus und Diskriminierung; es war und ist uns immer wichtig all diese Veranstaltungen mit möglichst vielen Bündnispartnern durchzuführen. Dass gerade jetzt, wo die Rechten in unserer Gesellschaft und international erstarken, Gruppen sich aus dem Straßenfest zurückziehen, wo wir doch eigentlich stärker zusammenhalten müssten, bedauern wir sehr.

### **Der Vorwurf gegen unseren Verein**

Der Kampf gegen Rechts bedeutet für uns auch immer das Engagement gegen Antisemitismus. Auch wenn unsere Großeltern und Urgroßeltern nicht an den Verbrechen gegen die europäischen Jüd:innen beteiligt gewesen waren, sehen wir es als unsere Aufgabe, immer wieder an diese Verbrechen des deutschen Faschismus zu erinnern, die richtigen Lehren daraus zu ziehen und alles zu tun, dass solche Verbrechen nie wieder geschehen. Wir sehen uns als Teil dieser Gesellschaft und somit die Erinnerungsarbeit an den Holocaust, sowie den Kampf gegen den nach wie vor vorhandenen Antisemitismus als unsere Aufgabe. So lehnen wir Antisemitismus entschieden ab und distanzieren uns von antisemitischen Inhalten.

Wogegen wir uns wehren ist die schamlose Instrumentalisierung der Opfer des Holocausts, um Menschen, die vermeintlich oder tatsächlich arabischer Herkunft oder muslimischen Glaubens sind, unter Generalverdacht zu stellen. Und genau das passiert leider in Deutschland aktuell. Egal, wie oft der Terroranschlag der Hamas am 7. Oktober bereits verurteilt, egal wie oft die Freilassung der israelischen Geiseln bereits gefordert wurde, erwähnt man es nicht im gleichen Atemzug mit der Kritik gegen das Vorgehen der israelischen Regierung, relativiert man den Terror der Hamas, so der Tenor.

Der Nahostkonflikt besteht seit mindestens 75 Jahren und verlangt eine genaue und differenzierte Diskussion. Das geht aber nicht, wenn Sichtweisen, die der bedingungslosen Solidarität mit der israelischen Regierung widersprechen, ohne richterliche Untersuchung als antisemitisch verurteilt werden. Diese Entwicklung hat eine Atmosphäre der Angst und des Denunziantentums geschaffen, den diejenigen, die mit der Netanjahu-Regierung sympathisieren, gegen ihre Kritiker ausnutzen.

Der gegenwärtige Konflikt hat nicht erst am 7. Oktober begonnen, wie es oft in der öffentlichen Diskussion gerne dargestellt wird. Es bildet den vorläufigen Höhepunkt in der seit 75 Jahren andauernden Gewaltspirale.

Die rechtsextreme israelische Regierung begeht, genauso wie die fundamentalistische Hamas, vor den Augen der Weltöffentlichkeit Kriegsverbrechen. Nicht nur wir sehen das so, sondern auch offensichtlich zahlreiche Institutionen, wie der Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshof, der Haftbefehl gegen Benjamin Netanjahu, dem israelischen Verteidigungsmister und drei Hamas Führer beantragt hat.

Und wer heute, nachdem über 35.000 Palästinenser:innen von der israelischen Armee getötet wurden, Millionen auf der Flucht sind und Hunger leiden, immer noch denkt, dass diese Barbarei ein Akt der Selbstverteidigung ist, dem fehlt jedes Maß an Menschlichkeit.

Wir verurteilen den Anschlag der Hamas am 7. Oktober und fordern die Freilassung aller Geiseln. Wir fordern einen sofortigen Waffenstillstand und Verhandlungen. Wir fordern die Verurteilung aller an den Kriegsverbrechen beteiligten Verantwortlichen. Nur eine Zweistaatenlösung kann einen dauerhaften Frieden in der Region sichern.

Unser Mitgefühl gilt den israelischen und palästinensischen Familien, die unter der Gewalt leiden. Wir stehen auf der Seite der fortschrittlichen Kräfte und der Zivilbevölkerung in Israel und Palästina, die sich für Frieden und Versöhnung einsetzen. Wir stehen an der Seite der Menschen, die momentan zu tausenden in Israel gegen ihre Regierung auf die Straße gehen und mit Polizeigewalt von Demonstrationen abgeführt werden.

### **Meinungsfreiheit nicht für Palästinenser**

Auch wenn überall immer wieder zu lesen ist, dass Kritik an der israelischen Regierung legitim sei, gilt dieses Recht anscheinend nicht für die vielen verzweifelten Menschen aus Palästina, die ihre Familienangehörige durch den Bombenterror verloren haben oder dabei sind diese zu verlieren. Uns ist bundesweit kein einziger palästina-solidarischer Protest bekannt, der nicht im Nachhinein kriminalisiert oder währenddessen mit Polizeigewalt aufgelöst wurde. Selbst dem jüdischen Verein „Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost e.V.“, der sich seit Jahren für eine friedliche Lösung des Konflikts einsetzt, wurde Antisemitismus vorgeworfen. Ihre Bankkonten wurden gesperrt.

Deshalb denken wir, dass aktuell die palästinensische Bevölkerung unsere Solidarität und den Schutz der Weltgemeinschaft braucht. Deshalb war es uns auf unserer Kundgebung am 10. Mai wichtig, palästinensische Gruppen einzubinden. Wir teilen selbstverständlich nicht alle Inhalte, die dort von anderen Gruppen ausgesprochen wurden, sondern können nur unsere eigenen Inhalte verantworten. Wir setzen und für eine friedliche Lösung ein, nicht für den bewaffneten Kampf gegeneinander. Entsprechend war auch das Motto der Kundgebung: Waffenstillstand sofort!

### **Wir machen weiter!**

Wie bereits eingangs erwähnt, arbeiten wir seit vielen Jahren mit euch zusammen. Wir haben kleine und große Schnittmengen, auf denen unsere Zusammenarbeit aufbaut. Manche betreiben eine Politik, mit der wir nicht einverstanden sind. Doch in einer demokratischen Gesellschaft muss man unterschiedliche Meinungen aushalten können. Wie sonst hätten wir beim Straßenfest mit Jugendgruppen, Parteien, Kirchen, Initiativen und Verbänden so eine bunte Palette von

unterschiedlichen Gruppen zusammenbringen können? Indem wir stets die Gemeinsamkeiten in den Vordergrund gestellt haben.

Die Entscheidung sich vom Straßenfest zurückzuziehen, obwohl offen auf der Hand liegt, dass wir weder antisemitische Inhalte vertreten, muss jede Organisation für sich selbst fällen. Wir hätten uns allerdings gewünscht, dass man vorab in Gespräch sucht. Auch lassen wir uns gerne für unsere Inhalte kritisieren, nicht aber für die Inhalte anderer Gruppierungen.

Das Straßenfest war seit seiner Gründung ein Zeichen gegen Rechts, und ein Gedenken an die Opfer rassistischer Gewalt. Dies wird es auch weiter bleiben. Es ist ein Ort der Begegnung und des Dialogs und das wird er auch mit all jenen Gruppen bleiben, die ein Teil davon sind und bleiben wollen.

In diesem Sinne freuen wir uns weiterhin ein starkes Straßenfest am 15. Juni mit euch allen zu verbringen.

Eure Junge Stimme e.V.

# Statement der Jungen Stimme

Posted on 2. Juni 2024 by admin

Viele werden durch verschiedene Medien mitbekommen haben, dass der Oberbürgermeister für dieses Jahr die Schirmherrschaft des Straßenfestes zurückgezogen hat und SPD und Bündnis '90/Die Grünen für dieses Jahr die Teilnahme am Straßenfest aussetzen.

Dazu gibt es zwei Erklärungen vom Vorstand der Jungen Stimme. Anbei folgt ein Text von heute, dem 2. Juni und darunter gibt es verlinkt die umfangreichere Formulierung von gestern, dem 1. Juni 2024.

Hier nun das Statement von heute.

*Liebe Freund:innen und Bündnispartner:innen,  
sicherlich hat euch bereits unsere Erklärung zu unserer Haltung im Nahost-Konflikt erreicht. In dieser machen wir bereits deutlich, wie unsere Position zum Krieg in Gaza und dem Umgang damit in Deutschland ist. Folgendes möchten wir ergänzen:  
An unserer Kundgebung am 10. Mai 2024 „Waffenstillstand jetzt sofort – für ein Ende der Angriffe auf Rafah“ hat die örtlich neugegründete Organisation „Intifada Nürnberg 4 Palestine“ einen Redebeitrag gehalten.  
Die Informationen, die uns heute über die Organisation vorliegen, unter anderem durch deren neu erstellten Instagram-Account, lagen zum Zeitpunkt der Kundgebung noch nicht vor. Zum jetzigen Zeitpunkt ist für uns somit deutlich, dass jene Inhalte nicht mit unserer Position vereinbar sind und wir diesen vehement widersprechen. Eine Zusammenarbeit ist für uns somit ausgeschlossen. Das heißt auch, dass wir dieser Initiative keine Räume zur Verfügung stellen werden. Auch wird diese Initiative keinen Stand beim Straßenfest gegen Rassismus am 15. Juni 2024 auf dem Aufseßplatz haben (entgegen umlaufender Gerüchte war dies auch nie geplant!).  
Wir bedauern darüber hinaus, dass Bündnispartner Informationen diesbezüglich nicht mit uns geteilt haben.  
Wir fordern, wie schon mehrmals verdeutlicht, eine Zweistaatenlösung und diese ist nur vereinbar durch die Koexistenz eines israelischen und eines palästinensischen Staates. Weiterhin werden wir uns für den Schutz der palästinensischen Zivilbevölkerung sowie eine friedliche Konfliktlösung im Nahen Osten einsetzen. Auch wenn wir mit den Inhalten dieser benannten Gruppe nicht übereinstimmen, stellen wir uns entschieden gegen eine gesellschaftliche und politische Kriminalisierung von Palästina-solidarischen Protesten im Allgemeinen.*

Und hier der Link zur ersten Erklärung.

<https://www.strassenfest-aufsessplatz.de/statement-der-jungen-stimme/>

# Erklärung der Jungen Stimme am Straßenfest

Posted on 21. Juni 2024 by admin

Nach den beiden Statements vom 1. und 2. Juni 2024 gab es zu Beginn des 10. Straßenfestes eine weitere Erklärung der Jungen Stimme, die wir an dieser Stelle wiedergeben.

*Liebe Freundinnen und Freunde,*

*sicherlich haben einige von euch die Presse verfolgt und festgestellt, dass in der letzten Woche viel über unseren Verein und das Straßenfest berichtet wurde. Deshalb würde ich gerne im Namen von Junge Stimme e.V. ein paar Worte an euch richten.*

*Unser Verein setzt sich seit seiner Gründung gegen Rassismus, Antisemitismus, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Diskriminierung ein. Dieses Engagement ist ehrlich und kontinuierlich. Das wissen und schätzen alle, die mit uns weiterhin zusammenarbeiten. Diese Arbeit stemmen Menschen, die bei uns ehrenamtlich aktiv sind. Und wie alle Menschen machen auch wir Fehler. Wir haben eine Gruppe sprechen lassen auf unserer Kundgebung für den Frieden und ihnen unsere Räume zur Verfügung gestellt, ohne ihre Inhalte genau zu kennen. Heute sagen wir, diese Inhalte sind mit unseren nicht vereinbar. Leider hat diese falsche Entscheidung unsererseits auch das Straßenfest beeinflusst. Einige wenige Gruppen haben sich vom Straßenfest zurückgezogen.*

*Unser Fehler war jedoch nicht unser Engagement gegen Krieg und für Frieden, für die Sicherheit aller Menschen, egal welcher Herkunft und Religion. Für Waffenstillstand, Versöhnung und den Frieden zu stehen, in einer Zeit, in der wir immer mehr gespalten werden, ist nicht einfach, aber unbedingt nötig. Auch wenn Bündnisarbeit immer unterschiedliche Gruppen zusammenbringt, die vielleicht nur in einer Sache übereinstimmen, wie es manchmal bei unserem Straßenfest der Fall ist, muss dennoch eine gemeinsame Schnittmenge vorhanden sein.*

*Nichtsdestotrotz sind wir alle heute hier und feiern unser 10. Jubiläum zusammen. Wir möchten uns bei all unseren Partnern, die auch heute hier sind und uns ihr Vertrauen und ihre Solidarität in dieser schwierigen Zeit geschenkt haben, bedanken. Wir freuen uns darauf, gemeinsam mit euch, noch viele weitere Feste zu feiern und gemeinsam zu kämpfen für eine bessere Welt ohne Rassismus, Diskriminierung und für ein besseres Zusammenleben.*

<https://www.strassenfest-aufsessplatz.de/erklaerung-der-jungen-stimme-am-strassenfest/>

Geschäftsstelle des Rates für Integration  
und Zuwanderung der Stadt Nürnberg

Junge Stimme e.V.  
1. Vorsitzender Taylan Özen  
Wiesenstr. 86  
90459 Nürnberg



06.06.2024

**Keine Teilnahme des Nürnberger Rates für Integration und Zuwanderung am Straßenfest gegen Rassismus 2024**

Sehr geehrter Herr Özen,  
sehr geehrte Damen und Herren,

leider sehen wir uns gezwungen, unsere Beteiligung am Straßenfest gegen Rassismus 2024 zurückzuziehen. Wir vollziehen diesen Schritt nicht leichtfertig, da wir als Nürnberger Integrationsrat das Straßenfest seit seiner Entstehung infolge des Bekanntwerdens des mörderischen NSU-Terrors immer aktiv begleitet haben und es als festen Termin im Nürnberger Veranstaltungskalender mit einer klaren Botschaft für eine vielfältige und tolerante Stadtgesellschaft sehr zu schätzen wissen.

Jedoch können wir die Vorfälle nicht ignorieren, die auch Oberbürgermeister Marcus König zur Rücknahme seiner Schirmherrschaft und die Parteien Bündnis 90/Die Grünen und SPD zur Absage ihrer Teilnahme am diesjährigen Straßenfest bewogen haben. Konkret geht um die antisemitischen Äußerungen und Aktionen der Gruppe „Intifada Nürnberg“, zu denen es u.a. bei einer Demonstration zum 1. Mai und bei einer von Ihrer Dachorganisation organisierten Kundgebung am 10.05.2024 gekommen ist. „Intifada Nürnberg“ hat darüber hinaus am 17.05.2024 eine Veranstaltung in Ihren Vereinsräumen abgehalten.

Wir begrüßen es, dass Sie sich in Ihrer Stellungnahme inzwischen ausdrücklich von jeder weiteren Zusammenarbeit mit der Gruppe „Intifada Nürnberg“ distanziert und sich klar gegen Antisemitismus ausgesprochen haben. Als Integrationsrat erwarten wir von allen Organisationen, Vereinen und Einzelpersonen, mit denen wir zusammenarbeiten, dass sie einen demokratischen Weg gehen und jeglicher Form von Diffamierung, Hass und Gewalt eine klare Absage erteilen.

Allerdings hätten wir uns gewünscht, dass Ihre Distanzierung bereits früher und proaktiv erfolgt wäre. Die widerlichen, altbekannte antisemitische Stereotype aufgreifenden Banner und Transparente, die „Intifada Nürnberg“ öffentlich mitgeführt und zur Schau gestellt hat, waren bereits seit dem 1. Mai bekannt. Dies wäre bereits Anlass genug gewesen, jede weitere Zusammenarbeit mit „Intifada Nürnberg“ zu beenden und der Gruppe die Nutzung Ihrer Vereinsräume zu untersagen. Dass diese Schritte erst nach dem Eingang der ersten

Absagen für das Straßenfest gegen Rassismus erfolgt sind, hinterlässt leider gewisse Zweifel. Damit diese Zweifel ausgeräumt werden können, sind wir nach sorgfältiger Abwägung zu dem Entschluss gekommen, unsere Beteiligung am Straßenfest gegen Rassismus in diesem Jahr auszusetzen.

Keinesfalls ist unsere Absage jedoch als Sanktion oder als Boykott wegen einer legitimen Meinungsäußerung zu verstehen. Auch der Integrationsrat ist der Auffassung, dass eine differenzierte und sachliche Diskussion über den Nahostkonflikt möglich sein muss. Auch in den Reihen des Integrationsrates gibt es dazu verschiedene Haltungen und Sichtweisen. Diese Meinungen sind zu tolerieren, solange sie nicht zur Anstachelung oder zur Rechtfertigung von verbrecherischer Gewalt oder von jeglicher Form von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit missbraucht werden.

Wie Sie in Ihrer Stellungnahme schreiben, ist angesichts des gegenwärtigen gesellschaftlichen Klimas ein entschiedenes Auftreten gegen rassistisches Gedankengut wichtiger denn je. Wir hoffen, dass sich unsere verbliebenen Bedenken im Lauf der Zeit zerstreuen lassen und wir im nächsten Jahr wieder guten Gewissens am Straßenfest gegen Rassismus teilnehmen können.

Mit freundlichen Grüßen



Betül Özen  
Integrationsratsvorsitzende